



Unsere Kernforderungen zur Bundestagswahl 2025

Unser Verständnis – Mobilität für Alle!

Allen Menschen soll eine gerechte Teilhabe an Mobilitätsangeboten und Verkehrsinfrastruktur unabhängig von Wohnort, Alter, Geschlecht, Lebenssituation, Herkunft, persönlichen Mobilitätseinschränkungen oder individueller Verfügbarkeit ermöglicht werden. Insbesondere im suburbanen und ländlichen Raum fehlen dafür verlässliche ganztägige Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs und ein sicheres Wegenetz für zu Fußgehende oder radfahrende Menschen. Statt Autos sollen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen im Zentrum der Verkehrs- und Stadtplanung stehen. Der nicht-motorisierte Verkehr wird zusätzlich durch eine „Stadt der kurzen Wege“ mit regionalem Wirtschaften gefördert.

Um den Klimawandel zu begrenzen und zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen, ist es notwendig, Verkehr zu vermeiden und Mobilität weitestgehend auf umweltfreundliche Verkehrsträger zu verlagern.

Dafür brauchen wir einen Ausbau von CO₂-armen, gemeinwirtschaftlichen Verkehrssystemen und daraus folgend eine deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs.

Die Verkehrspolitik im Bund muss auf vollkommen neue Grundlagen gestellt werden. Deshalb appellieren wir an Sie als Wähler und Wählerin des neuen Bundestages, nur Kandidat*innen zu unterstützen, die folgende Erwartungen und Forderungen unterstützen:

1. Klimaschutzziele im Verkehr einhalten

Das bei der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 völkerrechtlich festgelegte Ziel, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, wurde 2024 erstmals weltweit verfehlt. Die Zunahme von Katastrophen aufgrund des menschengemachten Klimawandels war auch 2024 drastisch zu spüren. Starkregen und Überschwemmungen, Dürren und Brandkatastrophen nehmen dramatisch zu und verursachen unermessliches Leid. Die planetaren Grenzen des Wachstums sind in vielen Bereichen überschritten. Der Verkehr in Deutschland hat einen erheblichen Anteil daran, dass die Klimaziele beim derzeitigen Tempo des Gegensteuerns nicht erreicht werden.

Unterstützen Sie mit Ihrer Wahl nur Bundestagskandidat*innen, die sich auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass der Verkehr seine Sektorziele beim Abbau der Treibhausgasemissionen erreicht. Und die sich für weitreichende Maßnahmen zur Minderung der Verkehrsemissionen einsetzen, damit der Verkehr seinen Beitrag zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 leistet.

2. Umweltschädliche Subventionen im Verkehr abbauen

Das umwelt- und klimaschädliche Verkehrssystem in Deutschland wird derzeit durch eine Reihe von Subventionen aufrechterhalten, die weitgehend dem Autoverkehr und dem besser verdienenden Teil der Bevölkerung zugutekommen (Dienstwagenprivileg, Dieselsubvention, Entfernungspauschale etc.).

Wählen Sie Kandidat*innen, die sich als Abgeordnete*r des Deutschen Bundestages dafür einsetzen, dass diese umweltschädlichen Subventionen im Verkehr abgebaut werden. Dazu müssen in bestimmten Fällen verbundene soziale Härten durch Übergangslösungen vermieden werden.

3. Bezahlbarer ÖPNV und auskömmliche Finanzierung der Verkehrsträger

Das bundesweit im ÖPNV geltende Deutschlandticket hat dazu beigetragen, dass wieder mehr Menschen den ÖPNV nutzen. Doch ist seine Fortführung und Finanzierung über das Jahr 2025 hinaus bisher nicht gesichert.

Geben Sie den Kandidat*innen Ihrer Wahl den Auftrag, sich im neuen Bundestag dafür einzusetzen, dass das Deutschlandticket im bundesweiten Nahverkehr auf einem sozial verträglichen Kostenniveau auf Dauer erhalten bleibt.

Damit mehr Autofahrer*innen als bisher den ÖPNV auf ihren täglichen Wegen nutzen und sie häufiger ihr eigenes Auto abschaffen, muss der ÖPNV mehr Verlässlichkeit ausstrahlen. Dazu gehört ein stabiles, attraktives Kostenniveau, das mit dem Deutschlandticket und einer sozial gerechten Abstufung für bestimmte Bevölkerungsgruppen erreicht wird. Auf der anderen Seite gehört aber auch dazu, dass die Verkehrsträger verlässlich finanziert werden, damit Angebote stabil gehalten und ausgebaut werden und Verkehrsbetriebe einschließlich der Bahn mehr Menschen attraktive Arbeitsplätze bieten können.

Fragen Sie Ihre Kandidat*innen, ob sie oder ihre Partei sich für die Möglichkeit der Einführung einer Nahverkehrsabgabe einsetzen werden.

4. Ausreichende Mittel zum Ausbau des Schienennetzes in der Fläche

Der Bahnverkehr in Deutschland leidet darunter, dass die Infrastruktur jahrzehntelang nicht genügend Mittel zum Ausbau und zur Modernisierung bekam. Attraktivität und Zuverlässigkeit des Schienenverkehrs haben drastisch abgenommen. Damit mehr Menschen die Schiene im Fern- und Regionalverkehr nutzen und mehr Güter auf der Bahn transportiert werden, muss das bundesweite Schienennetz ausgebaut und flächendeckend elektrifiziert werden.

Wählen Sie Kandidat*innen, die sich dafür einsetzen, dass der Bund dauerhaft ausreichende Mittel zum Ausbau eines bundesweiten Schienennetzes zur Verfügung stellt.

Zusätzlich sollte auf gesetzlicher Grundlage ein parlamentarisches Kontrollgremium eingerichtet werden, damit die Ausbaumittel zweckgerichtet, effizient und am Ziel ausgerichtet verwendet werden. Die begrenzten Mittel müssen für ein bundesweites, flächendeckendes Schienennetz und nicht für einzelne Prestigeprojekte eingesetzt werden.

5. Kein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens

Zum Schutz der Bürger*innen und zur Reduzierung der CO₂-Emissionen darf es keine weitere Kapazitätssteigerung des Luftverkehrs in der Rhein-Main-Region geben, im Gegenteil. Subventionen des Flugverkehrs (u. a. Steuerbefreiung für Kerosin) müssen beseitigt werden. Neben Lärm spielt die Belastung der Luft durch den Schadstoffausstoß von Flugzeugen eine zentrale Rolle für Gesundheitsgefährdungen durch den Flugverkehr. Zudem führt ein Ausbau des Frankfurter Flughafens zu einem mehr an Kfz-Verkehr durch die An- und Abreise von Fluggästen und dem An- und Abtransport von Luftfracht – und damit auch der Schadstoffbelastung im Rhein-Main-Gebiet. Einklagbare Grenzen der Belastungen müssen gesetzlich festgelegt und eingehalten werden.

Fragen Sie Ihre Kandidat*innen, ob sie ein Ende von Kurzstreckenflügen durch entsprechende Bundesgesetzgebung in die Wege leiten werden?

6. Kein weiterer Autobahnbau in Deutschland

Jeder Straßenbau erzeugt neuen (induzierten) Autoverkehr. Darüber hinaus ist der derzeitige Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) weit entfernt von einer Kostenwahrheit. Eine Überprüfung von 351 Projekten aus dem derzeitigen Bundesverkehrswegeplan ergab, dass die Autobahn- und Bundesstraßenprojekte im Durchschnitt innerhalb von 9,5 Jahren Bau- und Planungszeit ihren Preis verdoppeln. Würde im Straßenbau des Bundes von vornherein eine realistische Kostenschätzung bei den Bau- und Ausbauprojekten eingeführt, würde klar werden, dass zahlreiche Projekte keine Chance auf Realisierung hätten.

Wählen Sie nur Kandidat*innen, die sich dafür einsetzen, dass einerseits in Zukunft die Straßenbaumittel im BVWP mit weit überwiegendem Anteil für die Sanierung maroder Brücken an Autobahnen und Bundesstraßen eingesetzt werden und eventuell übrigbleibende Restmittel für den Ausbau der Schiene verwendet werden.

7. Wirksamer Gesundheitsschutz - Beispiel Lärm

An vielen Autobahnen, die durch Wohngebiete führen, und ebenso an bestehenden Bahnstrecken werden die grundrechtlichen Lärmpegel überschritten. Dies macht die Anwohnenden krank und verursacht hohe gesellschaftliche Folgekosten. Das Gesetz sagt: Beim Bau öffentlicher Straßen ist sicherzustellen, dass durch diese keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsräusche hervorgerufen werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind. Dies gelte jedoch nicht, wenn die Kosten der Schutzmaßnahme außer Verhältnis zu dem angestrebten Schutzzweck stehen würden, so das Bundesimmissionsschutzgesetz in § 41 Abs. 2.

Fragen Sie Ihren Kandidaten/Ihre Kandidatin, welche Initiativen er oder sie ergreifen wird, um zu erreichen, dass

- **Lärmmessungen entlang bestehender Bundesstraßen, Autobahnen und Bahnstrecken durchgeführt werden und bei Überschreiten gesundheitsschädigender Lärmwerte auch im Bestand für wirksame Abhilfe gesorgt wird,**
- **keine neuen Verkehrswege gebaut bzw. ausgebaut werden, bei denen schon bei der Planung feststeht, dass gesundheitsbedenkliche Lärmwerte überschritten und aktive Lärmschutzmaßnahmen nicht ausreichen werden, und**
- **Ausnahmereglungen (§ 41 Abs. 2 BImSchG) ersatzlos gestrichen werden.**

8. Verursacher gerechte Übernahme sämtlicher Folgekosten des Straßenverkehrs

Im Schienenverkehr müssen die Betreiber jeden gefahrenen Kilometer über Trassenbenutzungsgebühren bezahlen, auch für den Halt an Bahnhöfen und das Abstellen von Zügen entstehen Kosten. Der Straßenverkehr ist dagegen von solchen Kosten weitgehend freigestellt. Es ist notwendig, dass der Straßenverkehr seine Kosten selbst trägt und nicht weiter auf die Allgemeinheit abwälzt. (Die Kraftstoff- und Kfz-Steuer decken die Folgekosten bei weitem nicht.) Das Wachstum von immer mehr gefahrenen Kilometern im Straßenverkehr muss begrenzt werden.

Wählen Sie Kandidat*innen, die sich im neuen Bundestag für solche Gesetzesinitiativen einsetzen, die sämtliche (Folge-) Kosten des motorisierten Verkehrs zukünftig auf die Verursacher übertragen, auch die externen Kosten. Fordern Sie von Ihrem Kandidaten/Ihrer Kandidatin, dass er oder sie sich dafür einsetzt, dass den Kommunen die Möglichkeit eingeräumt wird, im innerstädtischen Straßennetz eine City-Maut einzuführen.

9. Allgemeine Tempolimits

Durch ein gleichmäßigeres Tempo auf Autobahnen wird die Kapazität der vorhandenen Spuren erhöht und ein weiterer Ausbau unnötig. Außerdem schafft ein allgemeines Tempolimit größere Sicherheit und reduziert den Kraftstoffverbrauch und damit die CO₂-Emissionen.

Wird sich Ihr Kandidat/Ihre Kandidatin dafür einsetzen, dass ein allgemeines Tempolimit von 100 km/h. auf Autobahnen, 80 km/h. auf Landstraßen und 30 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften beschlossen wird?

Letzteres harmonisiert das innerörtliche Verkehrsgeschehen und trägt dazu bei, dass mehr Menschen innerhalb der Stadt zu Fuß gehen oder das Rad nutzen und erhöht die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen.

10. Rahmenbedingungen für ein harmonisches Verkehrssystem in den Städten

StVG und StVO wurden geschaffen, um dem Autoverkehr weitgehend Vorrang im Straßenraum einzuräumen und überhaupt den Autoverkehr ab Mitte des 20. Jahrhunderts massiv zu fördern. Daraus folgen Benachteiligungen der nicht-motorisierten Verkehrsarten. Ein Vorrang der „Leichtigkeit des (motorisierten) Verkehrs“ muss der Vergangenheit angehören. Stattdessen muss die Prävention tödlicher und schwerer Verkehrsunfälle absolute Priorität haben (Vision Zero). Gebot der Stunde ist die Harmonisierung des Verkehrs – vor allem des innerörtlichen Verkehrs – und die Schaffung einer gleichberechtigten Mobilitätskultur für alle Menschen. Damit die Kommunen hier besser handlungsfähig werden können, muss der Bund hierfür passende Rahmenbedingungen schaffen.

Fordern Sie von Ihrem Kandidaten/Ihrer Kandidatin, dass er oder sie sich dafür einsetzt, dass im Straßenverkehrsgesetz (StVG) und in der Straßenverkehrsordnung (StVO) nachteilige Regelungen zuungunsten des Fuß- und Radverkehrs weiter abgebaut werden.

11. Ausbau von Radwegen entlang Bundesstraßen

Der Bau von Radwegen entlang Bundesstraßen und von Radschnellwegen, die Pendlerregionen und touristische Zielregionen verbinden, hinkt hinter den Erfordernissen hinterher.

Wird Ihr Kandidat/Ihre Kandidatin sich als gewählte*r Abgeordnete*r dafür einsetzen, das die Förderung des Radverkehrs auch als Bundesaufgabe verstanden und entsprechend gefördert wird?

12. Klimagerechte Umverteilung - Strukturwandel sozial-verträglich gestalten

Eine klimagerechte Umverteilung der Erlöse aus der CO₂ Steuer erhöht die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen und kann helfen, die Mobilitätswende finanzieren.

Unterstützen Sie nur Kandidat*innen, die sich im Deutschen Bundestag zum Beispiel für ein sozial gestaffeltes Klimageld einsetzen.

Der Strukturwandel in der Autoindustrie kann aktiv gestaltet werden. Der Bund muss die Konversion hin zu neuen Arbeitsplätzen, beispielsweise für die Produktion von Bussen und Bahnen sowie für eine ökologische Infrastruktur, – unter Einbezug von Betroffenen und Gewerkschaften – aktiv unterstützen.

Wie wird sich Ihr Kandidat/Ihre Kandidatin dafür einsetzen, dass in diesem Bereich neue zukunftsweisende Arbeitsplätze entstehen und Beschäftigte entsprechende Umschulungsangebote erhalten?

13. Demokratische Verkehrsplanung umsetzen

Wir brauchen neue Formen der Bürger*innen-Beteiligung, um den Umbau des Verkehrssystems zu einem echten Demokratieprojekt zu machen. Dazu muss auch das Regelungskorsett der „autogerechten Stadt“, das noch immer Straßenverkehrsordnung und -gesetz durchzieht, beseitigt werden. Die Kommunen – welche die Situation vor Ort am besten kennen – müssen als Gestalter der Verkehrswende in die Lage versetzt werden, in der Rad- und Fußverkehrsförderung sowie bei der Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr und bei anderen innerörtlichen Maßnahmen die nötigen Maßnahmen zu treffen. Die vielen Initiativen und Bündnisse für die Verkehrswende müssen hier endlich berücksichtigt werden!

Fordern Sie von Ihrem Kandidaten/Ihrer Kandidatin, dass er oder sie als gewählte*r Abgeordnete des Deutschen Bundestages Initiativen zur Stärkung von Bürger*innen-Beteiligung ergreifen bzw. unterstützen wird.

Frankfurt am Main, im Januar 2025